

trachtet und bereit ist, mit ihm normale Beziehungen zu unterhalten. Die A. stärkt die internationale Stellung neuer Staaten und Regierungen und erleichtert ihnen die Durchsetzung ihrer Rechte im internationalen Verkehr, ist jedoch keineswegs eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Mitwirkung eines Staates im System der internationalen Beziehungen. Die Rechte eines souveränen Staates stehen ihm auch ohne A. zu und müssen von allen anderen Staaten geachtet werden. Die zwei wesentlichsten Formen der A.: Die De-facto-A. hat vorläufigen, unvollständigen, begrenzten Charakter und braucht - obwohl auch sie offiziell ist - nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach sich zu ziehen. Die De-jure-A. ist eine völlige und endgültige A. mit allen juristischen Folgen (insbesondere bei der Herstellung diplomatischer Beziehungen). Die Aufnahme eines neuen Staates in eine internationale Organisation erfordert nicht seine A. durch die Mitglieder der Organisation. Imperialistische Staaten versuchen die A. oft völkerrechtswidrig als Mittel der Einmischung in die inneren Angelegenheiten neuentstandener Staaten auszunutzen und verzögern mitunter auf Jahre hinaus die A. ihnen politisch nicht genehmer Staaten. Die USA erkannten die UdSSR z. B. erst 16 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an und haben die Volksrepublik China bis heute nicht anerkannt. Eine ähnliche Haltung nehmen die imperialistischen Staaten gegenüber der DDR ein, wobei sie sich außerdem bemühen, deren gleichberechtigte Teilnahme am zwischenstaatlichen Verkehr zu behindern. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik versucht, durch die Nicht-A. der

DDR (->- *Alleinvertretungsanmaßung*) die Aggressionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus zu rechtfertigen. Die sozialistischen Staaten, darunter die DDR, lassen sich in der Frage der A. neuentstandener Staaten von den Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Achtung der Rechte aller Staaten und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten.

Angebot und Nachfrage: Verhältnis zwischen dem Bedarf und der Produktion von Waren und den zur Verfügung stehenden Leistungen. A. u. N. sind Faktoren der Marktbeziehungen in der Warenproduktion und objektive Kategorien des Reproduktionsprozesses. Soll der Realisierungsprozeß der sozialistischen Warenproduktion normal verlaufen, ist die Übereinstimmung zwischen A. u. N. erforderlich. Die wichtigsten Maßnahmen zum Ausgleich von A. u. N. sind sowohl Produktionserhöhungen und -einschränkungen sowie Preisveränderungen entsprechend den sich verändernden Produktions- und Realisierungsbedingungen als auch Werbung und Aufklärung des Verbrauchers. Auch durch andere ökonomische (z. B. einkommens- und steuerpolitische) und administrative Maßnahmen kann das Verhältnis von A. u. N. beeinflusst werden. Bei allen Maßnahmen sind die Wirkungen der ökonomischen Gesetze zu beachten und auszunutzen. Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt eine schnelle Entwicklung der Nachfrage nach Erzeugnissen, die den neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen entsprechen. Ein bes. Kennzeichen der Marktentwicklung ist z. B. auf dem Produktionsmittelmarkt die schnell steigende Nachfrage nach kompletten Anlagen, Automaten